

PRESSEDIENST

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Charlottenburg-Wilmersdorf
Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin
Fon: 9029-14908 Fax: 9029-14914
E-Mail: fraktion@gruene-cw.de
<http://www.gruene-cw.de>



Große Anfrage und Anträge an die BVV am 28. Januar 2021

Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kempf/Wapler/Kaas Elias

Situation von Obdach- und Wohnungslosen in Charlottenburg-Wilmersdorf

1. Wie viele Obdachlose und Wohnungslose gibt es aktuell im Bezirk und wie hat sich ihre Zahl in den vergangenen Jahren entwickelt (bitte tabellarisch darstellen) und strebt das Bezirksamt mit Housing-First in Charlottenburg-Wilmersdorf an, mehr Obdachlose in Wohnungen zu bringen?
2. Wie viele Plätze der Kältehilfe gibt es in der aktuellen Saison 2020/2021 im Vergleich zu den vergangenen Jahren (bitte tabellarisch darstellen) und wie werden Obdachlose entsprechend der Corona-Schutzregeln untergebracht?
3. Wie werden Obdachlose und Wohnungslose informiert, wo und wie sie sich gegen das Coronavirus impfen lassen können und wie werden sie unterstützt, damit sie in die Impfzentren gelangen?

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kempf/Wapler/Kaas Elias

Housing-first in Charlottenburg-Wilmersdorf

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, sich bei der zuständigen Senatsverwaltung dafür einzusetzen wie auch selbst die Umsetzung anzugehen, dass ein Housing-first-Projekt in Charlottenburg-Wilmersdorf realisiert werden kann, z. B. durch den Ankauf einer geeigneten Liegenschaft. Dabei ist auf die vielfältigen besonderen Bedürfnisse der Menschen einzugehen, u. a. Hundebesitzer*innen. Die von Bezirksseite benötigten Mittel soll das Bezirksamt bereitstellen. Darüber hinaus soll das Bezirksamt prüfen, wie die Mieter*innen eines solchen Projektes mitentscheiden können. Die Ergebnisse sind im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeit wie das weitere Vorgehen zu beraten.

Der BVV ist bis zum 30.06.2021 zu berichten.

Begründung:

Die Zahlen der Obdachlosen im Bezirk sind in den vergangenen Jahren gestiegen. Dies ist bedauerlicher Weise überall in Europa festzustellen. In Finnland leben allerdings weniger Menschen auf der Straße. Der Grund dafür ist das Housing-First-Prinzip. Die Menschen bekommen erst eine Wohnung und dann erhalten sie, was sie benötigen. In Deutschland läuft das bisher bis auf wenige Ausnahmen noch anders.

(vgl. <https://www.deutschlandfunknova.de/beitrag/obdachlosigkeit-erst-die-wohnung-dann-der-rest>)

Die Erfolge Finnlands können auch andere Staaten erreichen. Der Bezirk sollte daher ein solches Projekt mitanstoßen, um Menschen in Obdachlosigkeit eine neue Perspektive zu geben und folgend die weiteren benötigten Hilfsangebote bereitzustellen. Die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung sind ebenso zu beachten wie Aspekte der geschlechtlichen Vielfalt.

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kempf/Wapler/Kaas Elias

Gegen überhöhte Geschwindigkeiten in Knesebeckstraße

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, in der Knesebeckstraße Tempo-30-Markierungen auf der Fahrbahn anzubringen und mit geeigneten Maßnahmen (temporär, Mittelinseln, Gehwegvorstreckungen, Fahrbahnverengungen) das Fahren mit erhöhter Geschwindigkeit zu erschweren. Darüber hinaus soll das Bezirksamt prüfen, ob Schwellen eingesetzt werden können.

Der BVV ist bis zum 31.08.2021 zu berichten.

Begründung:

Auch in der Knesebeckstraße werden Fahrten mit überhöhter Geschwindigkeit wahrgenommen. Um dies zu unterbinden, soll auf der Knesebeckstraße deutlicher gemacht werden, dass Tempo 30 gilt. Des Weiteren soll mit weiteren Maßnahmen das zu schnelle Fahren erschwert werden.

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kempf/Wapler/Kaas Elias

Wochenmarkt in der Suarezstraße nicht aufgeben – Konzept für Märkte vorlegen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, darzustellen, unter welchen Bedingungen der Wochenmarkt in der Suarezstraße erhalten werden kann und welche dauerhaften Maßnahmen eingesetzt

werden können, um das Falschparken auf der Marktplatzfläche zu unterbinden.

Zudem fordern wir das Bezirksamt auf, ein langfristiges Märktekonzept für den Bezirk aufzustellen, in dem dargelegt wird, wie Marktstandorte erhalten, attraktiver wie nachhaltiger gestaltet und mit Angeboten aus der Region ausgestattet werden können.

Der BVV ist bis zum 30.04.2021 zu berichten.

Begründung:

Wir wollen gemeinsam mit dem Bezirksamt Lösungen erarbeiten, wie der Markt erhalten werden kann. Denn auch andere Märkte haben keinen leichten Stand. Hier braucht es ein langfristiges Konzept statt eines Handelns, wenn der Brand akut wird. Daher braucht der Bezirk ein nachhaltiges Märktekonzept, um die Märkte dauerhaft erhalten zu können. Für viele sind sie eine wohnortnahe Versorgung mit frischen Lebensmitteln u.a. Wenn Märkte wegfallen, müssen teils weitere Wege aufgenommen werden, um die gleichen Waren zu erhalten. Das entspricht nicht dem Ziel der Stadt der kurzen Wege.

Gegen das Falschparken auf der Marktplatzfläche ist konsequenter vorzugehen. Das Falschparken darf nicht dazu beitragen, dass ein Markt eingestellt wird, sondern umgekehrt muss das Falschparken unterbunden werden. Falschparkende sind entweder abzuschleppen oder vorab davon abzuhalten, dass sie falschparken. Dafür sind auch die offenen Stellen des Ordnungsamtes rascher zu besetzen.

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kempf/Wapler/Gusy/Wieland

Keine Vernichtung von Grünflächen am Westend

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, sich beim Senat für den Erhalt der Westendgärten als öffentliche Grünfläche einzusetzen. Der Senat soll als Eigentümer der bezirklichen und landeseigenen Liegenschaften dem Eigentümer der Westendgärten eine versiegelte Fläche anbieten, um die geplante Bebauung zu realisieren.

Dafür kommen beispielsweise Parkplätze und versiegelte Brachflächen im Bereich der Messe genauso wie im Bereich des Olympiastadions in Frage.

Der BVV ist bis zum 30.4. 2021 zu berichten.

Begründung:

Seit Jahren strebt der Eigentümer der Westendgärten eine Bebauung der Gärten mit Wohnungsbau an, zuletzt mit Wohnungen für Studierende. Die BVV-Mehrheit hat sich mit der Übernahme des Bürgerbegehrens gegen die Überbauung von Grünflächen im Bezirk ausgesprochen. Dem sollte auch bei den Westendgärten gefolgt werden. Um nichtsdestotrotz

eine Lösung für den geplanten Wohnungsbau zu ermöglichen, müsste dafür das Land Berlin ein landeseigenes Grundstück zum Austausch zur Verfügung stellen. Die Liegenschaften sowohl des Bezirks als auch des Landes gehören dem Senat, daher muss der Senat über das zur Verfügung stellen eines Ersatzgrundstücks entscheiden. Das Bezirksamt soll sich daher beim Senat dafür einsetzen.

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kempf/Wapler/Gusy

Sozialgebundene Wohnraum erhalten

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, sich beim Senat für eine Verlängerung der Sozialbindung für geförderte Wohnungen im Bezirk einzusetzen.

Der BVV ist bis zum 30.6. 2021 zu berichten.

Begründung:

Im Bezirk ist der sozial gebundene Wohnungsbau so gut wie zum Erliegen gekommen. Deshalb soll sich das Bezirksamt dafür einsetzen, dass die Sozialbindung der geförderten Wohnungen verlängert wird.

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kempf/Wapler/Boden

Beteiligung zum Bibliotheksentwicklungskonzept

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert sich bei der zuständigen Stelle dafür einzusetzen, dass im Budget der einzelnen Fachbereiche wie Schule, Weiterbildung und Kultur ein zusätzliches Förderprogramm zur schnellen Umsetzung der dringend benötigten Digitalisierungstechniken in den jeweiligen Liegenschaften, berücksichtigt wird.

Der BVV ist bis zum 28.02.2021 zu berichten.

Begründung:

Die derzeitige Krise erfordert eine schnelle Umsetzung der Digitalisierung, damit unsere Gesellschaft den Zugang zu Bildung nicht verliert. Die dafür anfallenden Kosten können weder durch unzureichende Einmalzahlungen von Landesebene noch von dem zur Verfügung stehenden Haushaltsbudgets geleistet werden.

Acht Prozent der Schulen in unserem Bezirk haben bis jetzt die dringend benötigte technische Ausstattung zur Umsetzung eines reibungslosen digitalen Unterrichts. Für die VHS und die Musikschule sieht es noch gravierender aus.

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kempf/Wapler

Spezielle Beratung für Selbstständige und Kleinstunternehmen in der Corona-Krise

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht zu prüfen, wie bei der bezirklichen Wirtschaftsförderung ein besonderes Beratungsangebot für Selbstständige und Kleinstunternehmen eingerichtet werden kann, um die Gefahren der Insolvenz und Überschuldung unter den Bedingungen der Corona-Krise zu verringern. Dabei ist neben den Trägern der Schuldner*innen- und Insolvenzberatung gezielt die Kooperation mit dem Senat, der Investitionsbank Berlin und Unternehmensverbänden wie der Industrie- und Handelskammer anzustreben. Fördermittel, die für den Ausbau des Beratungsangebots zur Verfügung stehen, sind gezielt zu nutzen.

Der BVV ist bis zum 31. März 2021 zu berichten.

Begründung:

Durch die anhaltende Corona-Pandemie sind viele Unternehmen in ihrer Existenz bedroht, vor allem Kleinstbetriebe und Soloselbstständige wissen oft nicht mehr weiter. Ihnen muss der Bezirk helfen. Die allgemeine Schuldner*innen- und Insolvenzberatung reicht da nicht aus. Selbstständige brauchen ein qualifiziertes Beratungsangebot, das ihnen hilft ihr Unternehmen durch die Krise zu führen. Im Nachbarbezirk Mitte ist es gelungen, in Kooperation mit Senat und IHK eine spezialisierte Beratung für Kleinstunternehmen einzurichten. Dort zeigt ein Expert*innenteam den Selbstständigen Wege aus der Krise. Ein nachahmenswertes Beispiel für die Wirtschaftsförderung in Charlottenburg-Wilmersdorf, um soziale Not von Menschen im Bezirk zu verhindern.

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kempf/Wapler/Kaas Elias/Gusy

Fahrradrouten im Bezirk entsprechend Verbändenetz in das Radnetz Berlins übernehmen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, sich beim Senat für die Übernahme des Fahrradroutenkonzepts der Verbände und Initiativen des Bezirks in das Berlinweite Radnetz einzusetzen

Damit lassen sich auch Konfliktstellen aus dem landesweiten Konzept vermeiden.

Der BVV ist bis zum 30.4.2021 zu berichten.

Begründung:

Das Verbändenetz hat bereits bestehende Radrouten Berlins und des Bezirkes als Grundlage genommen und ergänzt bzw. dort umgelegt, wo andere Routen besser geeignet sind. Dabei wurden Routen gewählt, die am ehesten Konflikte z.B. mit zu Fuß Gehenden vermeiden. Das Bezirksamt hat im Fahr-Rat im Dezember 2020 mitgeteilt, dass es dieses Verbändenetz für das Radnetz Berlins favorisiert. Mit einem Beschluss würde die BVV dieses unterstützen.

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kempf/Wapler/Drews

Blühender Mittelstreifen Bundesallee

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, den grünen Mittelstreifen auf der Bundesallee (im Bereich zwischen Nachodstraße bis zur Tunneleinfahrt Nähe Güntzelstraße) mit insektenfreundlichen Wildblumen und Sträuchern zu gestalten.

Der BVV ist bis zum 30.6.2021 zu berichten.

Begründung:

Der teilweise breite Mittelstreifen besteht weitestgehend aus einer für die Lebewelt wertlosen Rasenfläche, die in erster Linie als Hundeauslauf und Hundetoilette genutzt wird. Eine Begrünung mit Blühpflanzen wäre zur Förderung der biologischen Vielfalt im engeren Stadtgebiet sinnvoll. Sie würde zudem eine landschaftliche Aufwertung in dieser verkehrsmäßig hoch verdichteten Zone darstellen.